

Jörg Nathaus, Geschäftsführer
Didem Ozan, Geschäftsführerin

Landeshaus
Freiherr-vom-Stein-Platz 1
48133 Münster
Tel.: +49 251 591-245 und -5456
Fax: +49 251 591-246
lwlgruen@muenster.de • www.lwl-gruene.de

Münster, 1. Februar 2018

Pressemitteilung

LWL-GRÜNE für Ausbau des ambulant betreuten Wohnens – auch für Menschen mit Behinderungen mit hohem Unterstützungsbedarf

CDU/SPD-Mehrheit lehnt Antrag zur Festschreibung dieses Ziels im Haushalt 2018 ab

Die GRÜNEN in der Landschaftsversammlung Westfalen-Lippe setzen sich dafür ein, mehr Menschen mit Behinderungen ein selbstbestimmtes Leben zu ermöglichen: in ambulanten Wohnformen, Wohngemeinschaften oder einer eigenen Wohnung. Dabei ist wichtig, dass alle Menschen mit Behinderungen gleichermaßen einen Anspruch haben, selbstbestimmt zu leben – unabhängig davon, wie hoch ihr Unterstützungsbedarf ist. Dieser Anspruch gilt nicht nur für Menschen mit leichten Einschränkungen.

DIE GRÜNEN wollten dieses Ziel im Haushalt 2018 festschreiben.

„Das ist etwas, das der LWL mit vielen Maßnahmen sowieso schon anstrebt. Es würde ihm gut anstehen, sich deutlich dazu zu bekennen“, erklärte Karen Haltaufderheide, sozialpolitische Sprecherin der GRÜNEN-Fraktion.

Daneben befragten DIE GRÜNEN eine Differenzierung im Haushalt nach Hilfebedarfsgruppen im ambulant betreuten Wohnen.

„Die bislang der Politik zur Verfügung gestellten Grunddaten und Kennzahlen lassen nicht erkennen, wie hoch der Anteil der Personen aus den verschiedenen Hilfebedarfsgruppen im stationären und im ambulanten Bereich ist. Wir können also gar nicht feststellen, ob unsere gemeinsamen Bemühungen auch Früchte tragen, nämlich mehr Menschen mit höherem Unterstützungsbedarf ein selbständiges Leben zu ermöglichen. Wir sehen keine Entwicklung, wissen nicht, ob unsere Maßnahmen greifen oder ob und wie wir anders agieren müssen. Wir erkennen im übrigen auch nicht, ob die bisherigen Ziele aus dem Katalog erreicht werden. Damit wird der Sinn von Kennzahlen nur unzureichend erfüllt“, stellt Karen Haltaufderheide fest.

Diese Informationen sind aber wichtig, um zu verhindern, dass die Ambulantisierung lediglich als Sparinstrument genutzt wird oder am Ende nur noch die schwerst-mehrfach behinderten Menschen stationär wohnen, weil nach Kosten unterschieden wird. Das wäre dann nur wieder eine neue Form von Exklusion.

„Leider hat die CDU/SPD-Mehrheit für uns völlig unverständlich beide Forderungen abgelehnt und damit die Chance vertan, auch Menschen mit höherem Unterstützungsbedarf durch gezielte Steuerung der Haushaltsmittel eine Perspektive für ein selbstbestimmtes Leben zu vermitteln“, so Haltaufderheide.